

E-Mail-Newsletter

Nr. 160, 15. September 2010

monatlich | nächste Erscheinungstermine: 11.10. | 8.11. | 6.12.

Liebe Mitglieder, Förderer und Interessierte



Bei der bevorstehenden Landtagswahl bestehen laut Umfragen gute Chancen auf einen Regierungswechsel und damit - aus unserer Sicht - auch Chancen für eine Verbesserung der Situation von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Baden-Württemberg. Hierfür setzen sich der Flüchtlingsrat und die mit ihm verbundenen Initiativen und Organisationen ein. Mit einer Kampagne gegen die Lagerunterbringung, das Asylbewerberleistungsgesetz (verfassungswidrige Sachleistungen mehr als 35% unter Hartz IV) und die sog. "Residenzpflicht" wollen wir von Herbst 2010 bis in den Sommer 2011 auf die besondere Benachteiligung von Flüchtlingen aufmerksam machen und im politischen Prozess auf Verbesserungen hinwirken.

Dies ist die "Agenda 2010" des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg und wir hoffen dabei auf Ihre aktive Teilnahme und/oder solidarische Unterstützung. Lesen Sie dazu ausführlich in unserem aktuellen **Rundbrief August 2010**, dessen einzelne Artikel auch am Ende dieses Newsletters verlinkt sind und den Sie, falls nicht als Mitglied per Post erhalten, auch als gedrucktes Exemplar in unserer Geschäftsstelle bestellen können (siehe 4.).

In diesem Newsletter bekommen Sie

- **1. Aktuelle Veranstaltungstermine für Baden-Württemberg**
- **2. Aktuelle Informationen** zu verschiedenen ausgewählten Themen der Asyl- und Flüchtlingspolitik mit Fokus auf Baden-Württemberg
- **3. Aktuelle neue Materialien und Publikationen** (die Sie z.T. über unsere Geschäftsstelle bestellen können)
- **4. Eine kleine Presseschau** zu ausgewählten lokalen und überregionalen Medien-Beiträgen. Für die kommenden Ausgaben des Newsletters sind wir sehr dankbar v.a. für die Zusendung interessanter Medienbeiträge mit Lokalbezug.
- **5. Die Links auf den aktuellen Pro Asyl Newsletter** mit zahlreichen bundes- und europapolitisch relevanten Informationen aus dem Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik.
- **6. Die Links auf unseren aktuellen Rundbrief August 2010**

Der Herbst dieses Jahres bringt viele Veranstaltungen und Tagungen, vor allem im Rahmen der "Interkulturellen Woche" und des Tags des Flüchtlings (2. Oktober). Ganz besonders möchten wir Sie aber auf die bevorstehende **Tagung "Flucht und Migration durch Klimawandel"** vom 24.-26. September in Bad Boll aufmerksam machen. Vor allem aus Baden-Württemberg haben sich nach dem letzten Zwischenstand bisher erst wenige Menschen angemeldet. Kurzentschlossene sind also noch herzlich willkommen! Und das Thema ist interessant (auch wenn es auf den ersten Blick, aber nur auf den ersten!!!, nichts mit Stuttgart 21 oder Sarrazin zu tun hat). Außerdem wollen wir Sie bereits jetzt zu unserem **nächsten öffentlichen Plenum am 20. November** mit Vorträgen und Workshops rund um die sozialen Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Baden-Württemberg einladen.

Ein paar weitere Vorbemerkungen zu diesem Newsletter:

- **Redaktion:** Zum ersten Mal erhalten Sie den Newsletter aus meiner Feder (Andreas Linder) Ich bin der Nachfolger von Reiner Klass, der den Flüchtlingsrat auf Ende Juli 2010 verlassen hat und nun in Ulm tätig ist. An der redaktionellen Erstellung dieser Ausgabe haben außerdem mitgearbeitet: Angelika von Loeper (1. Vorsitzende), Volker Löffler (Kollege in der Geschäftsstelle), Marina Hülssiep und Laura Gudd (Praktikantinnen) Wir freuen uns über Lob und konstruktive Kritik zu Inhalten und Aufmachung.
- **Inhaltliche Schwerpunkte / Beiträge:** Die Inhalte dieses Newsletters konzentrieren sich auf flüchtlings- und migrationspolitische Entwicklungen in Baden-Württemberg sowie auf die Aktivitäten des Flüchtlingsrats und der mit ihm verbundenen Initiativen und Organisationen. Bundes-, europa- oder weltpolitische Vorgänge finden hier ebenfalls ihren Platz, wenn wir ihre Darstellung für wichtig halten oder wenn sie mit unseren Aktivitäten zu tun haben, wir verweisen aber ansonsten auf die ausführlichen Informationen von Pro Asyl, ECRE, UNHCR u.a. **Wir würden uns freuen, wenn Sie Beiträge für diesen Newsletter einreichen, v.a. (Medien-)Berichte über lokale Aktivitäten. Diese sollten spätestens zwei Tage vor dem jeweiligen Erscheinungstermin in der Geschäftsstelle eingehen.**

- **Abonnement / Unterstützung des Flüchtlingsrats:** Der E-Mail-Newsletter ist gratis und erreicht derzeit genau 400 Empfänger/innen. Alle Nicht-Mitglieder des Flüchtlingsrats bitten wir darum, zu überlegen, ob Sie uns durch eine Spende, eine Mitgliedschaft oder ein Rundbrief-Abonnement unterstützen möchten. Mehr Informationen hierzu finden Sie ebenfalls auf unserer [Website](#).
- **Abbestellung:** Wenn Sie diesen E-Mail-Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de

1. Veranstaltungshinweise / Termine für Baden-Württemberg

zusammengestellt von Andreas Linder

Do, 23.09., 19 Uhr, Göppingen, VHS

Ausstellungseröffnung "GRENZSITUATIONEN"

Panoramafotos von Kai Wiederhöfer zeigen Mauern und Grenzwälle aus den Grenzgebieten zwischen USA/Mexiko und Nordafrika/Europa, die Migrationsbewegungen aufhalten sollen. Mit dem Fotografen und Kerstin Becker vom Generalsekretariat des DRK. Veranstalter: Migrationsberatung DRK, ai, VHS.

Fr, 24.09., 10 - 16 Uhr, Stuttgart, Theaterhaus

"Integrationsoffensive Baden-Württemberg"

Fachtagung zur Interkulturellen Öffnung und Orientierung in der offenen, verbandlichen und kulturellen Kinder- und Jugendarbeit. Mehr Infos: www.agjf.de



24.-26.09.10, Bad Boll, Ev. Akademie

Tagung "Flucht und Migration durch Klimawandel"

LETZTE MÖGLICHKEIT ZUR ANMELDUNG!!!

Bei unserer diesjährigen Herbsttagung in Zusammenarbeit mit Brot für die Welt, den Ev. Akademien Bad Boll und Baden sowie Pro Asyl sind noch Plätze frei! Sie können sich direkt über die [Website der Evang. Akademie Bad Boll](#) anmelden. Dort finden Sie auch das ausführliche [Programm](#).

So, 26.09. - Sa, 02.10.

Interkulturelle Woche

Alle Veranstaltungen zur "IKW" finden Sie im Internet unter www.interkulturellewoche.de, auch Sie können Ihre Veranstaltungen dort melden. Ebenso ist dort ein aktueller bundesweiter [Newsletter](#) mit inhaltlichen Informationen zu finden.

Di, 28.09., 19.30 Uhr, Reutlingen, Citykirche, Nikolaiplatz

"Kinder allein auf der Flucht - ein Hilfsprojekt von Pro Asyl". Referent: Karl Kopp

Tausende Flüchtlinge erreichen in kleinen Booten die EU-Mittelmeerstaaten, darunter viele unbegleitete Minderjährige. In Griechenland müssen sie überfüllte Flüchtlingslager und menschenunwürdige Unterbringung erleiden und haben keine Chance auf ein faires Asylverfahren. Die wenigsten kommen z. B. in Deutschland an, denn nach europäischem Recht müssen sie im ersten »sicheren« Land Asyl beantragen. Veranstalter: Evangelische Kontaktstelle für Asylarbeit, Asylcafé.

Di, 28.09., 20 Uhr, Langenau, Pflughofsaal

"Niemand flieht aus Übermut - Ein Abend zum Thema Asyl und zur Situation von Flüchtlingen in Langenau".

Referentin: Christine Grunert. Veranstalter: Flüchtlingsrat Ulm / Alb-Donau-Kreis, Caritas Ulm/Ehingen u.a..

Mi, 29.09., 19.30 Uhr, Schwäbisch Gmünd, Gemeindezentrum Brücke, Eutighofer Str. 23

Die Unerwünschten

Ein Film über die Abschiebehaft (in Rottenburg/Neckar) von Sarah Moll aus dem Jahr 2005. Veranstalter: AK Asyl Schwäbisch Gmünd



Fr, 01.10., 19 Uhr, Karlsruhe, Filmsaal des Stadtmedienzentrums

Festung Europa - Erwartungen und Hoffnungen an die europäische Asyl- und Zuwanderungspolitik

ReferentInnen: Karl Kopp (Pro Asyl), Gülsen Özkan (Filmemacherin) u.a. Grußwort: Angelika von Loeper (Flüchtlingsrat BW) Veranstalter: Freunde für Fremde, Europa-Union, Kulturrat KA u.a. Mitveranstalter u.a.: Menschenrechtszentrum KA, ai, Flüchtlingsrat BW u.a.



Fr, 01.10., 19 Uhr, Balingen, Heilig-Geist-Kirche

Ausstellungseröffnung **Leona Goldstein: "displaced - Flüchtlinge an Europas Grenzen"**

Attac Balingen zeigt zwei Wochen lang die Ausstellung der Berliner Künstlerin und Filmemacherin Leona Goldstein. Ergänzend referiert Andreas Linder (Flüchtlingsrat BW) zur EU-Flüchtlingspolitik. Veranstalter: Attac Balingen u.a.

Fr, 01.10., 18-23 Uhr, Stuttgart, DGB-Haus, Willi-Bleicherstr. 20

Politik- und Kulturfestival zum Tag des Flüchtlings

Veranstalter: AK Asyl Stuttgart

Fr, 01.10., 16 Uhr, Radolfzell, Kinderzentrum Lollipop, Waldstr.26

25 Jahre Flüchtlinge in Radolfzell, mit dem Schwerpunktthemen "Sri Lanka", Filmvorführung: Arrangierte Liebe

Veranstalter: Stadt Radolfzell Forum für Integration

Sa, 02.10., Mannheim

Kundgebungen

14 Uhr: Paradeplatz / 16 Uhr: Flüchtlingsunterkunft Industriestraße / 17.30 Uhr Abschiebegefängnis (Carl-Zuckmayerstr.) Veranstalter: AG Abschiebehaft Mannheim u.a.

So, 03.10., 19 Uhr, Schwäbisch Gmünd, Theaterwerkstatt

So, 10.10., 19 Uhr, Göppingen, Zimmertheater der JMS Göppingen

Fr, 05.11., 19 Uhr, Stuttgart, Evangelisches Tagungszentrum Birkach

Sa, 06.11., 18 Uhr, Uhingen, Evangelisches Gemeindehaus

Sa, 20.11., 20 Uhr, Bad Boll, Evangelische Akademie

Ala-Din und die Wunderlampe

Theaterstück nach Heiner Schnitzler, aufgeführt von den "global players" (beteiligt sind auch Flüchtlinge aus Göppingen). Mehr Informationen: www.globalplayers-gp.de

Mi, 03.11., 9.30 - 16.30, Stuttgart Diakonisches Werk, Heilbronnerstr. 180

"Wohin mit meiner Trauer? Verlust, Abschied und Trauerprozesse im Exil"

Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Folterüberlebende in Baden-Württemberg in Kooperation mit der Landesärztekammer. Veranstalter: DW, BFU Ulm, PBV Stuttgart, Refugio Stuttgart und VS u.a.

Mo, 08.11., 20 Uhr, Stuttgart, Forum der Kulturen, Marktplatz 4

Einwanderungsland Deutschland

Sebastian Beck referiert über das Thema "Wie Migranten wohnen wollen" und stellt Ergebnisse einer diesbezüglichen Sinus-Studie vor.

Mi, 10.11., 20 Uhr, Nürtingen, Kulturkantine, Plochinger Str. 14

Krieg im Kongo - Business- oder Bürgerkrieg?

Der Referent Vianey Mushegera ist gebürtig aus Bukavu in der DR Kongo und lebt in Nürtingen. Er ist Agraringenieur und Projektmanager für alternative und erneuerbare Energien. Veranstalter: AK Asyl Nürtingen, ai.



Sa, 20.11., 10 - 18 Uhr, Stuttgart, Friedensgemeinde, Schubartstr.14

FLÜCHTLINGSRAT BW | TAGUNG MIT PLENUM

Im Mittelpunkt steht die geplante Kampagne zu Unterbringung, AsylbLG, Residenzpflicht von Flüchtlingen. Das genaue Programm gibt es ab Anfang Oktober bzw. im nächsten Newsletter. Mehr Infos / Anmeldung:

www.fluechtlingsrat-bw.de



Do, 02. 12., 19 Uhr, Heilbronn, Caritas-Zentrum

Europäische Asyl- und Migrationspolitik

Referent: Andreas Linder, Flüchtlingsrat Ba-Wü. Veranstalter: Stadt Heilbronn, Integrationsbeauftragte.



Di, 07.12., 19 Uhr, Hochschule Esslingen, Studium Generale

Flüchtlingskinder in Deutschland nach der Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention

Referentin: Angelika von Loeper, 1. Vorsitzende des Flüchtlingsrats BW.

21. und 22.01.2011, Bad Boll, Ev. Akademie

Flüchtlingsschutz in Deutschland. Nationale Verfahren, europäische Standards

Tagung der Ev. Akademie Bad Boll, des Diakonischen Werks Württemberg und des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg.

Hinweise auf überregionale Veranstaltungen:

Do, 07. bis So, 10.10., Berlin-Kreuzberg, Heilig-Kreuz-Kirche

Tagung **Tagung der BAG Asyl in der Kirche** in Kooperation mit CCME - Churches' Commission for Migrants in Europe.

Mehr Infos: www.kirchenasyl.de

Fr, 22. bis Sa, 23.10., Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwanenwerder

Tagung **"Roma - eine transnationale Minderheit in Europa"**

Mehr Infos: www.eaberlin.de

Do, 14. bis So, 17.10., Hamburg, Rote Flora

10. Antira-Kongress

Mehr Infos: <http://antirahamburg.blogspot.de>

Mi, 27. bis Fr, 29.10., Bochum

3. Bundesfachkongress Interkultur.

Mehr Infos: www.bundesfachkongress-interkultur.de

Mi, 17. - Fr, 19.11., Hamburg

Wie politisch kann eine Fachkraft sein?

Die Bedeutung der politischen Dimension in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen. Tagung in der Katholischen Akademie Hamburg. Veranstalter: Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (B-UMF) e.V. Mehr Infos: www.b-umf.de

Mi, 17. - So, 21.11., Hamburg

8. bundesweite JOG - Jugendkonferenz: I LOVE BLEIBERECHT!

Mehr Infos: <http://www.jogspace.net/konferenzen.de/articles/jog-konferenz-in-hamburg-2010.html>

Do, 25.11. Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen

Mehr Infos u. a. bei: www.frauenrechte.de

Sa, 4.12., 10-17 Uhr, Berlin, Hotel Alexander Plaza, Rosenstr. 1

Die EU-Verordnung Dublin II.

Referentin: Klaudia Dolk, Informationsverbund Asyl&Migration, Berlin.

Mehr Infos: <http://auslaender-asyl.dav.de>

Fr, 10.12. Internationaler Tag der Menschenrechte

Haben Sie Interesse an einer Veranstaltung mit VertreterInnen des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg?

Unsere Referentinnen und Referenten kommen im Rahmen des Fortbildungsprogramms des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg mit ihren Vorträgen gerne zu einem vereinbarten Termin zu Ihnen. Auf unserer Website finden Sie eine [Übersicht über die Veranstaltungen](#), die wir anbieten. Darüber hinaus sind wir für weitere Themen offen. Bitte melden Sie sich bei Interesse bei der Geschäftsstelle.

2. Informationen

zusammengestellt von Andreas Linder

"Residenzpflicht"

Gebührenerhebung für Reiseerlaubnisse in Niedersachsen gekippt

Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von AsylbewerberInnen und Geduldeten durch die Residenzpflicht ist schon an sich inhuman. Dass aber für jeden Antrag auf Verlassenerlaubnis auch noch eine Verwaltungsgebühr bezahlt werden soll, ist eine moderne Form von 'Wegezoll', gegen den Flüchtlinge und Flüchtlingsorganisationen schon seit Langem protestieren. In Niedersachsen hat nun auch das Innenministerium auf entsprechende Kritik reagiert und klargestellt, dass für Reiseerlaubnisse keine Gebühren erhoben werden dürfen. *"Das ist in der Gebührenordnung gar nicht vorgesehen"*, sagt Werner Ibandahl vom Innenministerium. *"Und deswegen darf eine Reiseerlaubnis auch nichts kosten."* Hintergrund dieser neuen Politik ist ein Urteil des Verwaltungsgerichts Halle vom Februar, in dem festgestellt wurde, dass Residenzpflicht-Gebühren keine Rechtsgrundlage haben.

Baden-Württemberg: Unterschiedliche Handhabung je nach Landkreis

Leider hat sich das bislang bundesweit noch nicht überall herumgesprochen. In Baden-Württemberg ist die Gebührenpraxis von Landkreis zu Landkreis nach wie vor unterschiedlich. Während etwa im Landkreis Karlsruhe keine Gebühren erhoben werden, fällt in Mannheim grundsätzlich eine Gebühr von 8,00 € an und in Freiburg werden 10,00 € fällig, sofern es sich um eine private Reise handelt und ein eigenständiges Einkommen vorliegt. Der Flüchtlingsrat wird hier auf eine landesweite Regelung nach niedersächsischem Vorbild drängen, sollte sich die Landesregierung nicht in der Lage sehen, die grundsätzliche Forderung nach Abschaffung der Residenzpflicht umzusetzen.

Weitere Infos unter www.residenzpflicht.info, www.taz.de/1/nord/artikel/1/wegezoll-ohne-rechtsgrundlage

Dublin II-Verfahren

Deutschland: Neue Anhörungsverfahren bei "Dublin"-Fällen

Laut dem [Informationsverbund Asyl und Migration](#) hat in den BAMF-Außenstellen Dortmund und Gießen im August ein "Pilotprojekt" für eine erneut geänderte Anhörungspraxis in Dublin-Verfahren stattgefunden. Die neue Anhörungspraxis soll ab jetzt bundesweit angewandt werden. Dabei geht es um Folgendes: *"Das BAMF sieht in bestimmten Dublin-Verfahren grundsätzlich von Anhörungen zu den Fluchtgründen ab. Eine ähnliche im November 2009 eingeführte Praxis war erst im Frühjahr 2010 vom BAMF wieder aufgehoben worden. Der Fragenkatalog des BAMF für Anhörungen ist gleichzeitig geringfügig erweitert worden; der aktuelle Fragenkatalog liegt uns vor. ... Unklar ist bisher, ob diese neue BAMF-Anhörungspraxis für alle Dublin-Verfahren gilt und nach welchen Kriterien wer zu entscheiden hat, ob ausnahmsweise eine Anhörung im Dublin-Verfahren stattfindet."* Der [Informationsverbund Asyl und Migration](#) bittet hierzu um Benachrichtigung, falls vor Ort entsprechende Erfahrungen gemacht werden. (Tel +49 (0)30 - 467 93 010, Fax +49 (0)30 - 467 93 329)

Aktuelle Zahlen / Rücküberstellungen nach Griechenland

Auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen hat die Bundesregierung am 23. Juli 2010 [aktuelle Zahlen zu den Dublin-Verfahren](#) bekannt gegeben. Bezüglich Griechenland haben die deutschen Behörden demnach im Jahr 2009 in 971 Fällen, in denen die Zuständigkeit Griechenlands für die Prüfung des Asylantrags gegeben war, das Selbsteintrittsrecht ausgeübt. Im ersten Halbjahr 2010 wurde die Zuständigkeit in 664 Fällen übernommen. Gleichzeitig haben zahlreiche Rückführungen nach Griechenland stattgefunden. Baden-Württemberg hat Rückführungen nach Griechenland bis zu einer weiteren höchstgerichtlichen Entscheidung nach wie vor ausgesetzt. Am 1. September wurde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg über die Rücküberstellungen von Asylsuchenden nach Griechenland im Rahmen der Dublin II-Verordnung verhandelt, wie [Pro Asyl berichtet](#). Das Urteil wird mit Spannung erwartet. Hier gibt es die [Presseerklärung des EGMR](#) und einen [Videomitschnitt der Anhörung vor dem EGMR](#)

In Schweden hat das Malmöer Migrationsgericht Anfang September die geplante Abschiebung von Flüchtlingen nach Griechenland gestoppt, weil dort keine ausreichende Rechtssicherheit bei der Behandlung des Asylgesuchs vorliegt, wie die Austria Presse Agentur am 7.9. berichtete. Damit wurde mit der bisherigen Abschiebepaxis der schwedischen Behörden gebrochen und gleichzeitig das höchste schwedische Gericht angerufen. Ein Vorbild für Deutschland?

Ein Beispiel für die Situation in Griechenland: Das [Netzwerk "Welcome to Europe"](#) berichtete, dass ein aus Deutschland abgeschobener Iraner am 29. August in den Hungerstreik getreten ist. Seit seiner Rückführung im Jahr 2008 wartet er auf die Durchführung eines Asylverfahrens. In einem [umfangreichen Bericht](#) dokumentiert das Netzwerk die Situation vieler Dublin-II-Abschobenen in Griechenland. Trotz anderslautender Bekundungen hat sich die Situation tausender Zurückgeschobener in Griechenland weiter verschlechtert. In Griechenland existiert faktisch kein Asylsystem, selbst die früheren unzureichenden Regelungen werden offenbar faktisch nicht mehr angewandt.

Asyl- und Flüchtlingsrecht: 55 Forderungen der Rechtsberaterkonferenz

Die [Rechtsberaterkonferenz](#) hat zum geplanten zweiten Richtlinienumsetzungsgesetz, mit dem der Gesetzgeber unter anderem die europäische [Rückführungsrichtlinie](#) bis zum 24.12.2010 umzusetzen hat, einen umfangreichen [Forderungskatalog mit 55 rechtspolitischen Reformvorschlägen](#) (Stand Juli 2010) zu zahlreichen Bereichen des Asyl- und Migrationsrechts vorgelegt. Die Vorschläge betreffen jeweils zahlreiche Felder des Flüchtlingsrechts (Asylverfahren, Schutz für Minderjährige, Frauen etc., Dublin-II-Verfahren, Asyl-Überprüfungen etc.), des Ausländerrechts (Bleiberechtsregelungen, Familienzusammenführung, Abschiebehaft etc.), des Staatsangehörigkeitsrechts (Optionsmodell etc.) und des Sozialrechts (AsylBLG abschaffen...).

Abschiebungshaft

Zum bundesweiten Gedenktag gegen die Abschiebehaft am 30. August 2010 forderten Pro Asyl und der Interkulturelle Rat in einer [Presseerklärung](#), die Abschiebungshaft grundsätzlich neu zu regeln und drastisch zu reduzieren. Darin wird u.a. berichtet, dass sich im Jahr 2010 bereits 6 Flüchtlinge in deutschen Abschiebehaftanstalten das Leben genommen haben. Auch Hunderte von Minderjährigen wurden in den vergangenen Jahren in Abschiebehaft genommen, was laut Pro Asyl überhaupt nicht geschehen dürfte. In einem aktuellen ausführlichen Reader "[Daten und Fakten zur Abschiebungshaft in Deutschland](#)" wird auch die Situation in den einzelnen Bundesländern dargestellt. Bezüglich Baden-Württemberg wird die Antwort des Innenministeriums BaWü auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Werner Wölfle zitiert, dass sich "*derzeit keine minderjährigen ausreisepflichtigen Flüchtlinge in Baden-Württemberg in Abschiebungshaft (Stand 18. März 2010)*" befinden. Lesen Sie hierzu auch die Beiträge in unserem Rundbrief August 2010:

[Nach dem Brand](#) Besuch des Abschiebeknasts Mannheim am 9. Juli mit MdL Helen Herberer (SPD), von *Angelika von Loeper*, S. 26 - 28

[Petition gegen Abschiebehaft in Baden-Württemberg](#), *Bündnis gegen Abschiebehaft Tübingen*, S. 29 - 30

Resettlement / Save-Me-Kampagne

Die bundesweite [Save-Me-Kampagne](#) (bundesweit 56 lokale Kampagnen, bisher 29 kommunale Ratsbeschlüsse, davon 5 in BaWü) informiert in ihrem aktuellen Newsletter vom 27. August über die derzeitigen politischen Debatten in der Europäischen Union über mögliche Flüchtlingsaufnahmen bzw. "Resettlement"-Programme (Autorin: Andrea Kothen, Pro Asyl):

"Europäische Union: Das EU-Parlament hat im Mai 2010 den [EU-Kommissionsvorschlag](#) ("Mitteilung für ein gemeinsames Resettlementprogramm der Staaten vom September 09) grundsätzlich begrüßt und dazu einen [Bericht](#) verfasst, der dem EU-Rat und der Kommission zur Kenntnis geht. Weder der Vorschlag noch die auf Eigeninitiative zurückgehende Stellungnahme des Parlaments haben allerdings irgendeine bindende Wirkung und müssen auch nicht in ein gesetzgeberisches Verfahren münden. Anders als der Programmvorschlag hat der (ebenfalls vom September 09 stammende) [Vorschlag](#) der EU-Kommission zur Änderung der EFF-Richtlinie, wo u.a. der Geldanreiz für Resettlement geregelt ist, gesetzgeberische Qualität. Auch hierzu hat das Parlament eine Stellungnahme mit [Änderungsvorschlägen](#) abgegeben, die zum Beispiel vorsieht, dass neu einsteigende Resettlementstaaten im ersten Jahr 6.000 Euro, im zweiten 5.000 Euro und ab dem dritten dann 4.000 Euro pro aufgenommenem Flüchtling erhalten. Die Änderungen im EFF werden derzeit zwischen Rat und Parlament verhandelt. Bezüglich der Prioritätskategorien für das Neuansiedlungsprogramm sind sich Parlament und Rat noch nicht einig. Die EU-Abgeordneten wollen Kinder und Frauen, denen Gewalt oder Ausbeutung droht, unbegleitete Minderjährige, Personen, die umfangreiche medizinische Betreuung benötigen und Überlebende von Gewalt und Folter vordringlich behandeln. Der Rat will die Prioritäten in Bezug auf die geografische Herkunft und der Staatsangehörigkeit der Flüchtlinge setzen. Eine Einigung / Verabschiedung einer Entscheidung ist bis Ende des Jahres 2010 zu erwarten.

Bundesregierung: Die EU-Länder sind nicht in der Pflicht, sich am künftigen EU-Programm zu beteiligen, eine Beteiligung wird auf jeden Fall nur freiwillig sein. Will Deutschland allerdings künftig ...Geld (wie bei den Irakern) aus dem EFF für die Aufnahme einer best. Personengruppe, dann müssen die gemeinsam gesetzten Prioritäten berücksichtigt werden. Auf diese kann die Bundesregierung aber natürlich zuvor im EU-Rat Einfluss nehmen. Unsere Versuche, die Bundesregierung moralisch in die Pflicht zu nehmen, hatten bislang keinen direkt sichtbaren Erfolg: An der E-Mail-Aktion vom Februar beteiligten sich 3.700 Menschen. Gehofft hatten wir ... auf mehr Beteiligung. Unbeeindruckt davon blockiert der Bundesinnenminister eine kontinuierliche Aufnahme von Flüchtlingen (siehe [taz-Artikel](#)). Auch einige Länderinnenminister, die einer Teilnahme am Resettlement ebenfalls zustimmen müssten, lehnen bislang eine Beteiligung ab. ... **Irakflüchtlinge:** 2009 wurden von den Europäischen Staaten rund 5.100 Irakflüchtlinge neu angesiedelt. Einen Überblick über quantitative und qualitative Aspekte der Aufnahme von Irakflüchtlingen in den verschiedenen Staaten Europas bietet die von ICMC und IRC herausgegebene [Broschüre 10.000 Refugees from Iraq](#) (60 Seiten, englisch). Den allgemeinen Angaben zur Weltflüchtlingslage (Global Trends) von UNHCR ist zu entnehmen, dass die syrische Regierung dem gegenüber Ende 2009 immer noch über 1 Million Flüchtlinge (v.a. Irakflüchtlinge, aber auch Palästinenser/Staatenlose) beherbergt. **Weltweite Resettlementzahlen:** UNHCR will in den nächsten Jahren potenziell 805.000 Flüchtlinge neu ansiedeln (das ist ein neuer Höchststand,...). Die Jahresquoten, die die Resettlementstaaten offerieren, liegen allerdings unverändert bei 80.000. Auch die Beteiligung Europas blieb niedrig: Im Jahr 2009 fanden nur 8% von insgesamt 85.000 weltweit über Resettlement vermittelten Flüchtlinge Aufnahme in Europa. Nachzulesen ist das und eine Bilanz 2009 im [UNHCR-Papier Projected global resettlement needs 2011](#) (englisch)."

Frankreich: Anti-Roma-Politik der Regierung Sarkozy

Die derzeitige Stigmatisierung, Verfolgung und Abschiebung von Roma durch die französische Regierung werfe Europa um 70 Jahre zurück, so das antirassistische europäische Netzwerk [UNITED for intercultural action](#) in einer Presse-Erklärung vom 27. August. In Frankreich leben etwa 350.000 französische Roma und Landfahrer sowie etwa 15.000 Roma mit bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit (also EU-Bürger mit Freizügigkeitsrecht). Im Juli begann die Regierung mit dem Vorhaben, etwa 300 lokale Roma-Camps aufzulösen und Personen ohne Aufenthaltserlaubnis abzuschicken. Bereits im letzten Jahr schob Frankreich ca. 10.000 Roma ab. In einer ersten Abschiebewelle im August wurden nun über 700 Menschen nach Rumänien und Bulgarien "rückgeführt", im gesamten Jahr bereits wiederum über 8000. Als Legitimation für die Übergriffe auf Roma führt die Sarkozy-Regierung einzelne kriminell auffällige Personen sowie Menschen ohne gültigen Aufenthalt an.

In einer [Presse-Erklärung vom 14. September](#) wirft der **Zentralrat der Sinti und Roma Deutschlands** dem jetzt bekannt gewordenen Runderlaß des französischen Innenministeriums an die Präfekten eine "*gezielte*

Stigmatisierung der Roma-Minderheit" vor. Der Zentralrat weiter: "Es ist jetzt offenkundig, daß die Abschiebungen aus Frankreich gegen EU-Recht ebenso verstoßen wie gegen französisches Recht." Sarkozy und das französische Innenministerium hätten alte Vorurteile und rassistische Stereotype gegen Roma benutzt, um ihre Politik zu legitimieren und die Zustimmung rechtsextremer Wählerschichten zu gewinnen. Sarkozy habe die nationalen Minderheiten der Sinti und Roma in Europa massiv herabgesetzt und in der Öffentlichkeit erheblich geschadet. Es sei dagegen Aufgabe der obersten Repräsentanten der Europäischen Staatengemeinschaft, die Würde und Rechte der Menschen zu schützen und sich gegen jede Form von Rassismus zu wenden. Gerade in Deutschland sind sich die Angehörigen der Minderheit der Gefahren von rassistischen Ideologien bewußt, nachdem im nationalsozialistischen Europa über 500.000 Sinti und Roma aufgrund dieser Ideologien ermordet wurden. Mehr Informationen: www.sintiundroma.de

Das EU-Parlament hat nun am 9. September eine Resolution verabschiedet, in der es sich gegen die massenhaften Abschiebungen von Roma in Frankreich wendet und die Regierung von Präsident Sarkozy scharf kritisiert. EU-Justiz- und Menschenrechtskommissarin Viviane Reding drohte dem französischen Staat am 14.9. mit einem Vertragsverletzungsverfahren u.a. wegen dem nun bekannt gewordenen "Rundschreiben" an die Präfekten. Bei allem Ernst der Lage hat der gute Sarkozy auch ein bißchen Spott verdient: Sein Name ist nämlich, wie wir jetzt wissen, ein originärer Roma-Name. Sein Namensvetter Rudolf Sarközi ist der Vorsitzende der Roma-Union Österreichs. Problemlos kann er die Herkunft der Vorfahren und des Namens von Monsieur le President lokalisieren. Der kleine Nicolas schiebt also seine eigenen Vorfahren ab. [Vgl. Taz vom 28.8. 2010.](#)

Lesen Sie zum deutschen Umgang mit Roma in unserem Rundbrief:

[Abgeschoben aus Baden-Württemberg](#) [279 KB] Petra Sorge 6 - 7

[Demonstration für ein Bleiberecht von Roma am 8. Mai in Karlsruhe](#) [205 KB] Aktion Bleiberecht Freiburg 10

In aller Kürze:

- HÄRTEFALLKOMMISSIONEN: [Eine vergleichende Gegenüberstellung der Härtefallkommissionen](#) (HFK) der einzelnen Bundesländer wird von Amnesty International zur Verfügung gestellt. Die aktualisierte Fassung berücksichtigt Änderungen bei den Kommissionen bzw. in deren Geschäftsordnungen etc. sowie die fortgeschriebene Statistik der Tätigkeitsberichte zuzüglich ähnlicher Informationen.
- KINDERRECHTE: Die Internationale Liga für Menschenrechte wendet sich in einem Brief an den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz mit der Forderung, auf ihrer Herbsttagung im Dezember die notwendigen Gesetzesänderungen nach der Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention zu beraten und zu beschließen. Hierfür werden derzeit Unterschriften von Organisationen gesammelt. Mehr Informationen: www.ilmr.de
- VISAPOLITIK: Die Bundesregierung veröffentlichte erstmals die Ablehnungsquoten von Visumsanträgen. Die Anzahl der Ablehnungen hat sich von 2000 auf 2009 fast verdoppelt. Auffällig ist, dass Visa aus der Türkei doppelt so häufig abgelehnt werden wie im weltweiten Durchschnitt. Sevim Dagdelen (MdB Die Linke) spricht von einer "sozialen Selektion", da sozial schlechter gestellten Menschen weniger Rückkehrbereitschaft unterstellt wird und somit Besuchsvisa abgelehnt werden. Ein geringer "Verwurzelungsgrad" im Herkunftsland sei eine bedeutende Größe bei der Ablehnung von Anträgen. Quelle: ["Arme müssen draußen bleiben" von Karin Schädler. In: die Tageszeitung, 16. Juli 2010.](#)

3. Presseschau Baden-Württemberg

zusammengestellt von Marina Hülssiep, Stud. Internationale Entwicklung Uni Wien, Praktikantin beim FR BaWü. Bearbeitung: Andreas Linder

Sofern Sie uns interessante Eigenberichte oder Medien-Berichte aus den Regionen Baden-Württembergs zusenden, verbreiten wir diese gerne in dieser Rubrik.

UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE | STUTTGART

Laut Stuttgarter Zeitung vom 26. Juli ist die Zahl der minderjährigen AsylbewerberInnen in Stuttgart zwischen 2005 und 2009 um 51 gestiegen. Bei insgesamt 210 Asylsuchenden im Jahr 2009 sei das ein bedeutsamer Anteil, auch weil die "aufwendige Rundumbetreuung" die Stadt viel Geld koste (monatlich ca. 3000 Euro pro Person). Das Notaufnahmehaus in der Kernerstraße sei "Schleppern und Menschenhändlern ein Begriff", die angeblich die Jugendlichen gezielt dort hinlotsen. Im Jahr 2009 seien nach einem vom Familiengericht Stuttgart anerkannten

Altersbestimmungsverfahren 34 von 86 Bewohnern volljährig gewesen. In den Stuttgarter Einrichtungen fehlten die notwendigen Kapazitäten, wird Sozialbürgermeisterin Gabriele Müller-Trimbusch zitiert, weswegen die Stadt vorschlägt, für die Minderjährigen eine landesweite zentrale Unterbringung einzurichten. Auch Manfred Stehle, Sprecher des Städtetags, sieht Handlungsdruck und fordert, dass die Kommunen mit dem Problem nicht allein gelassen werden dürften: *"Wenn als minderjährig getarnte volljährige Flüchtlinge illegal einreisen oder gar Straftaten begehen, ist die Möglichkeit einer Abschiebung konsequent zu prüfen."* Welcher Flüchtling kann noch legal einreisen? Diese Frage stellte der Schreiber nicht.

Quelle: "Flüchtlinge machen sich gezielt jünger" von Jörg Nauke. In: Stuttgarter Zeitung, 26. Juli 2010.

ASYLZUGANGSZAHLEN | STUTT GART

Wie dem neuesten Stuttgarter Flüchtlingsbericht zu entnehmen ist, gab es im Jahr 2009 300 weniger untergebrachte Flüchtlinge in der Stadt Stuttgart und damit einen weiteren Tiefstand. Für die scheidende Sozialbürgermeisterin Müller-Trimbusch ein Grund sich zu freuen, denn so spart sie im Vergleich zu 2006 4,8 Millionen Euro. Kopfzerbrechen bereiten angeblich nur der Umgang und die Integration mit jugendlichen oder gerade volljährig gewordenen Flüchtlingen.

Quelle: "Immer weniger Flüchtlinge" von Mathias Bury. In: Stuttgarter Zeitung, 27. Juli 2010.

ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ | BADEN-WÜRTTEMBERG

4,53 Euro zahlt jeder EinwohnerIn Baden-Württembergs im Jahr 2009 für den Lebensunterhalt von AsylbewerberInnen (gesamt: 48,7 Mio, zum Vgl.: 1996: 362,5 Mio.). Dies ist der tiefste Stand seit die Statistik für Asylbewerberleistungen geführt wird, obwohl die Zahl der BezieherInnen im letzten Jahr wieder leicht gestiegen ist (2009: 9275 Personen, 2008: 9226) Im Unterschied zu anderen Bundesländern werde in Baden-Württemberg nach wie vor konsequent das Sachleistungsprinzip eingehalten. In Geld umgerechnet werden pro erwachsener Person für Nahrung, Kleidung, Körperpflege und Energie 184,07 Euro ausgegeben, plus monatlich 40,70 Euro Taschengeld. Das sind die bekannten ca. 35% unter dem Sozialhilfesatz, wie Jürgen Blechinger für die kritischen Kirchen und Hilfsorganisationen sagen darf. Laut Innenminister Rech habe das Sachleistungsprinzip aber *"die Anreize für die illegale Einreise nach Deutschland"* gemindert. Und das soll dann auch so bleiben, denn es wurde auch noch auf die Asylozugangszahlen hingewiesen, die im Jahr 2010 erneut leicht gestiegen sind.

Quelle: "Jeder im Land zahlt 4,53 Euro im Jahr" von Thomas Breining. In: Stuttgarter Zeitung, 11. August 2010.

KOSTEN FÜR FLÜCHTLINGE | REMS-MURR-KREIS

Statt Flüchtlingsunterkünfte zu renovieren und wohnlicher zu machen, werden in Fellbach weiter die Kosten gesenkt, weswegen nun auch die Miete für die Bewohner gesenkt wurde. Dies nutzt allerdings primär dem Landkreis, der die Mieten von Flüchtlingen und Obdachlosen übernimmt. Die sechs städtischen Gebäude, angeblich ohne eigene sanitäre Anlagen in den Wohnungen, kosten nun zwischen 6,30 und 9,95 Warmmiete pro Quadratmeter. So verzichtet die Stadt Fellbach 2011 auf ca. 50.000 Euro an Einnahmen - trotz klammer Kassen. Dem Zeitungsschreiber entlockte dieser Umstand aber kein kritisches Wort.

Quelle: "[Weniger Einnahmen aus Unterkünften für Obdachlose und Flüchtlinge](#)" In: Stuttgarter Nachrichten, Fellbach und Rems-Murr-Kreis", 30. August 2010.

UNTERBRINGUNG / ASYLBLG / RESIDENZPFLICHT | BIBERACH

Im Kreis Biberach setzen sich die Flüchtlinge für ihre Interessen selbst ein. Sie kritisieren die Essenspakete, Kleiderversorgung und die mangelnde Bewegungsfreiheit. Sie haben auch ein Gespräch mit den Verantwortlichen des Landratsamts erreicht, bei dem allerdings wenig Habhaftes herauskam. Denn laut Sozialdezernentin Petra Alger seien Verbesserungen schwierig, da man sich an die geltenden Gesetze halten müsse, die nun mal Sachleistungen vorsehen. Aufgrund der Kritik an den Essenspaketen hinsichtlich Qualität, Frische und Sortiment soll es aber zu Überprüfungen kommen. Bei der Residenzpflicht will die Ausländerbehörde ab jetzt erlauben, dass die BewerberInnen an 14 Tagen im Jahr den Kreis ohne Antrag verlassen dürfen.

Quelle: "[Asylbewerber wollen mehr Freiheiten](#)" von Gerd Mägerle. In: Schwäbische Zeitung, 8. September 2010.

Lesen Sie hierzu auch den Bericht in unserem "Rundbrief August 2010":

[Gegen den diskriminierenden Alltag](#) Flüchtlinge organisieren sich selbst gegen Unterbringung, AsylBLG und Residenzpflicht, aus fluechtlings-bc-blog.de, S.22 - 23

ABSCHIEBUNG / ROMA / KOSOVO | STUTT GART

Es gibt auch gute und sachlich differenzierte Artikel über die Abschiebungen in den Kosovo. Wie dieser über Enver Karlin Mann, der mit seiner Familie 17 Jahre lang in Stuttgart lebte.

Quelle: [Abgeschobene Roma: Fremd in der Heimat](#), Badische Zeitung Online, 27. August 2010

Lesen Sie hierzu auch den Bericht in unserem "Rundbrief August 2010":

[Abgeschoben aus Baden-Württemberg](#), von Petra Sorge, S. 6 - 7

"FREIWILLIGE RÜCKKEHR" / KOSOVO | BAD MERGENTHEIM

Als "Königsweg" bezeichnet der Autor in vorausseilender Kritiklosigkeit die sog. "freiwillige Rückkehr" von Flüchtlingen in den Kosovo. Er lässt die "Rückkehrberaterin" vom Landratsamt Main-Tauber-Kreis zur Legitimation ihrer Wohltätigkeit sagen, dass "*zwangsweise Abschiebungen in den Kosovo oder andere Staaten ohne vorherige Planung des neuen Lebens im Heimatland für die Betroffenen ungleich schwieriger sind.*" Ob die Flüchtlinge wirklich freiwillig gehen und ob ein Bleiberecht in Deutschland etwa auch eine Option wäre: Kein Thema.

Quelle: [Südwest Presse, Bad Mergentheim, 10. August 2010](#)

Lesen Sie hierzu auch den Bericht in unserem "Rundbrief August 2010":

[Effektive Rückkehrprojekte?](#) [210 KB] Zur Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage des Flüchtlingsrats zu 'URA 2' *Ines Fischer* 8 - 9

EU-FLÜCHTLINGSPOLITIK | ULM

Auch das gibt es in Baden-Württemberg: Eine ganze Zeitungsseite über die EU-Flüchtlingspolitik mit einem Interview mit Karl Kopp (Pro Asyl-Europareferent), der wie immer kein Blatt vor den Mund nimmt.

Südwest Presse, 31. August 2010, [Abwehr in Rambo-Manier](#), von Elisabeth Zoll.

LOKALE INITIATIVEN / KOSOVO | GOMARINGEN

Seit 7 Jahren hilft ein Unterstützerkreis in Gomaringen der Familie Avdijaj, die 2003 in den Kosovo abgeschoben wurde, nachdem sie 10 Jahre in Deutschland gelebt hatten. Jeden Monat überweisen sie 300 Euro an die Ashkali-Familie, die wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat. Nachdem der Ablehnungsbescheid 2003 bekannt geworden war, gründete sich der Unterstützerkreis der Avdijajs, dem es trotz intensivem Aufwand nicht gelang, die Abschiebung zu verhindern. Der Kontakt ist aber geblieben und mittlerweile planen die Kinder ein Studium in Deutschland, ihrer eigentlichen Heimat.

Quelle: "Freunde ohne Grenzen" von Gabi Schweizer. In: Schwäbisches Tagblatt, 4. September 2010.

AUSLÄNDERRECHT | STUTTGART

Aristides Zelada lebte 30 Jahre lang in Deutschland - bis er vor 2 Jahren aufgrund des Tods seines Vaters nach Chile zurückkehrte. Nun soll ihm die Niederlassungserlaubnis entzogen werden. Da das Ausländeramt darauf verweist, ihn darauf aufmerksam gemacht zu haben, bleibt ihm angeblich nur ein fester Arbeitsvertrag, gebunden an die tariflichen Bestimmungen als Ausweg - zur derzeitigen Wirtschaftslage aber so gut wie ausgeschlossen. Nach Chile will Zelada nicht zurück - "werft mich lieber ins Meer" ist seine Antwort darauf.

Quelle: "Dann werft mich lieber ins Meer" von Nicole Höfle. In: Stuttgarter Zeitung, 7. September 2010.

EINBÜRGERUNG | STUTTGART

Die Stadt Stuttgart wirbt erfolgreich für den deutschen Pass, ist der Tenor eines Beitrags in der St.Z. vom 29. Juli. Viele Gründe, wie das Sozialsystem, das Wahlrecht, freier Zugang zu Berufen oder Reise- und Visumserleichterungen lockten 2009 mehr Menschen als in den vergangenen Jahren dazu, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen, besonders Menschen aus Serbien, dem Kosovo und der Türkei. Obwohl die Entscheidung schwer fällt, sprechen besonders auch emotionale Gründe für den bedeutsamen Schritt wie z.B. für Charles Mougoué Ngani das Gründen einer Familie in Stuttgart. Dass die Einbürgerungsquote trotz der staatlich verordneten Integration(sdebatte) nach wie vor rückläufig ist und viele Menschen trotz langjährigem Daueraufenthalt "Ausländer" bleiben werden, wird nicht thematisiert.

Quelle: "Mit dem Pass soll nicht die Heimat abgegeben werden" von Anja Treiber. In: Stuttgarter Zeitung, 29. Juli 2010.

4. Materialien

zusammengestellt von Laura Gudd und Andreas Linder

In diesem Abschnitt weisen wir auf Neu-Erscheinungen unterschiedlicher Art hin. In besonderer Weise möchten wir Ihnen die Pro-Asyl-Broschüre zum Tag des Flüchtlings ("Mit Diskriminierung macht man keinen Staat") sowie unseren aktuellen Rundbrief (siehe 7.) nahelegen. Beide können Sie über unsere Geschäftsstelle bestellen. Hier gibt es ein [Bestellformular](#) (ebenso auf unserer Website)

AKTION BLEIBERECHT | NEUER FLYER

Die Diskussion über ein "Bleiberecht" für Ketten-Geduldete wird auch nach der sog. Altfallregelung weitergehen. Die Problemlage besteht für tausende Flüchtlinge in Deutschland nach wie vor. Für das nächste Jahr ist eine neue Gesetzesinitiative zu erwarten. Pünktlich zur Interkulturellen Woche und zum Tag des Flüchtlings hat das Bleiberechtsbündnis von Caritas und Diakonie schon mal einen [aktuellen Flyer](#) herausgebracht. Mehr

Informationen: www.aktion-bleiberecht.de

"FLUCHTWEGE FREIHALTEN! 2011" | NEUER JAHRESKALENDER

Der PRO ASYL-Kalender passt wirklich in jede Tasche und enthält alle Termine, die für die Flüchtlingsarbeit wichtig sind.

240 S., kt., mit Lesebändchen, € 6,90. Es gelten folgende Staffelpreise: Ab 10 Ex. € 6,50, ab 20 Ex. € 5,90, ab 50 Ex. € 5,50, ab 100

Ex. € 5,00 ISBN 978-3-86059-571-8. Zu bestellen beim Von Loeper Literaturverlag, Daimlerstraße 23, 76149 Karlsruhe, Deutschland, Telefon: 0721- 46 47 29-200, Fax: 0721- 46 47 29-099, info@vonloeper.de

Erhältlich auch bei den Veranstaltungen des Flüchtlingsrats! Oder gratis im Rahmen unserer [Mitgliederaktion 2010](#). Überlegen Sie es sich!

KAUFFMANN / RIEDELSHEIMER (Hg.) (2010): KINDESWOHL ODER AUSGRENZUNG? | NEUER SAMMELBAND

Flüchtlingskinder in Deutschland *nach der Rücknahme der Vorbehalte.*

Mit einem Vorwort von Herta Däubler-Gmelin.

Von Loeper Literaturverlag. 280 S., kart., € 16,90 ISBN 978-3-86059-432-2

Seit über 18 Jahren ist die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland geltendes Recht. Doch der bei der Ratifikation festgeschriebene Vorbehalt wird erst jetzt zurückgenommen. Vor diesem Hintergrund ziehen die Autoren des Bandes eine Bilanz der "schiefer unendlichen Geschichte politischen Versagens, nicht eingelöster Versprechen und des nachlässigen Umgangs mit internationalem Recht". ...

Weitere Informationen zu dem Buch, den Autoren und der Thematik, finden Sie auf folgender Internet-Seite:

<http://www.vonloeper.de/fluechtlingskinder>

B-UMF (HG.) (2010): WILLKOMMEN IN DEUTSCHLAND | NEUE BROSCHÜRE ZU DEN RECHTEN MINDERJÄHRIGER FLÜCHTLINGE

Die Rechte von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen werden erstmals kindgerecht dargestellt - Ein großer Schritt zur Verwirklichung von Kinderrechten in Deutschland! Die Broschüre soll bundesweit die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen verbessern und die Arbeit von Beratungsstellen unterstützen. Für die Umsetzung von Kinderrechten in Deutschland ist dies ein bedeutender Schritt! Die Broschüre steht hier als Download zur Verfügung oder kann in der Geschäftsstelle des Bundesfachverbands UMF, Nymphenburger Str. 47, 80335 München gegen eine Schutzgebühr von 2,50 Euro pro Exemplar bestellt werden.

[Willkommen in Deutschland - Deutsch](#) (pdf, 3,2 MB)

[Willkommen in Deutschland - Englisch](#) (pdf, 3,3 MB)

[Willkommen in Deutschland - Dari](#) (pdf, 3,3 MB)

DR. MANFRED BUDZINSKI (Hrsg.) (2010): TRAUMATHERAPIE UND GESELLSCHAFTLICHES UMFELD | TAGUNGSDOKUMENTATION

Evangelische Akademie Bad Boll, 2010, edition akademie 28, 119 Seiten, 978-3-936369-36-6

Preis: 13.00 €

Viele Flüchtlinge leiden an den Folgen von Folter, Krieg und Vertreibung. Therapeutische Begleitung und Interventionen können nur dann Erfolge verbuchen, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen genügend Sicherheit und Stabilität bieten. Eine Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll, deren Beiträge der vorliegende Band dokumentiert, richtete die Aufmerksamkeit auf die Fragen: Welche... Ansätze gibt es im Rahmen politischer Traumaarbeit? Inwieweit stellen die Neurowissenschaften bisherige Erkenntnisse über Traumaverarbeitung infrage? Wie ist die Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen zu berücksichtigen, um zu verhindern, dass sich der traumatisierende Prozess fortsetzt? Welchen Einfluss haben Fluchtursachen und organisierte Gewalt gegen Flüchtlinge an den Grenzen der EU?

Bestellung: Evangelische Akademie Bad Boll, Presse und Publikationen, Monika Boffenmayer, 73087 Bad Boll,

Tel.: 07164 - 79 305, Fax: 07164 - 79 5305

BÜNDNIS GEGEN LAGER BERLIN / BRANDENBURG: DIE RESIDENZPFLICHT | NEUE BROSCHÜRE

In der erstmalig erschienenen Broschüre No!Lager-Info befasst sich das Bündnis Gegen Lager Berlin/Brandenburg mit den sozialen Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Berlin/Brandenburg. Im Mittelpunkt der Ausgabe steht die seit dem 29.Juli 2010 gelockerte Residenzpflicht und die weiterhin aufrecht erhaltene Praxis der Lagerunterbringung. Dargestellt werden neben den gesetzlichen Grundlagen auch konkrete Alltagserfahrungen von Menschen, die in Sammelunterkünften in der Region leben müssen sowie die Forderungen und Protestaktionen des Bündnisses.

Zu erhalten ist die Broschüre über den Infoladen Daneben (www.daneben.info), Liebigstr.34, 10247 Berlin

Asylmagazin. Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht (Informationsverbund Asyl und Migration) 9/2010

Für das Asylmagazin 9/2010 berichten u.a. Klaus Peter Stiegler über "Subsidiären Schutz für Opfer von bewaffneten Konflikten" sowie Peter Fahlbusch ("Haft in Verfahren nach der Dublin II-Verordnung") aus der Beratungspraxis. In

den aktuellen, nationalen und internationalen Nachrichten dargestellt werden z.B. die ablehnende Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Kommissionsvorschlag zu "Dublin II" oder die Resolution des Europäischen Parlaments, das die Mitgliedstaaten der EU auffordert, keine Abschiebungen von Roma in den Kosovo durchzuführen (jedoch bezieht sich die Deutschland betreffende Forderung auf eine Verbesserung der Hilfsprogramme im Kosovo und nicht auf ein sofortiges Ende der Abschiebungen).

Flüchtlingsschutz und zielstaatenbezogene Abschiebungsverbote, Abschiebungshaft und Ingewahrsamnahme sowie Asylverfahrens- und -prozessrecht sind Themen in der Rubrik "Rechtsprechung".

Mehr Informationen: www.asyl.net

ZAR. Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 8/2010

Über neue gesetzliche Regelungen informiert die Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR). Neben Gerichtsbeschlüssen beinhaltet die aktuelle Ausgabe z.B. eine Abhandlung zu Verfassungsbeschwerden vor dem BVerfG sowie Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bezüglich der Überstellung von Asylantragstellern nach Griechenland auf Grundlage der Dublin II-Verordnung von Dr. Ruth Weinzierl. Desweiteren einen Artikel zum 25-jährigen Jubiläum des Schengen-Abkommens oder den Kernaussagen des Jahresgutachtens "Einwanderungsgesellschaft 2010" des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Hier wird der neue sog. "Integrationsbarometer" diskutiert, der "die Aufnahme und Bewertung von Integration und Integrationspolitik durch Zuwanderer- und Mehrheitsbevölkerung sowie deren wechselseitige Einschätzungen in der Einwanderungsgesellschaft widerspiegelt." (ZAR 8/2010: 278)

Mehr Informationen: www.zar-online.info

5. Newsletter Pro Asyl

PRO ASYL Newsletter Nr. 161 August 2010

Allgemeine Meldungen BRD

[Konsequenzen aus Rücknahme der Vorbehalte gegen die UN-KRK gefordert](#)

[Mögliche Änderungen im Asylrecht durch die Rücknahme der Vorbehalte zur UN-KRK](#)

[Leistungen für Asylbewerber sind verfassungswidrig](#)

[Asylsuchende demonstrieren für bessere Lebensbedingungen](#)

[Massive Vorwürfe nach dem Suizid eines Flüchtlings](#)

[Hinterland Magazin mit Schwerpunkt Alter](#)

[Protest gegen inhumane Rückschiebung einer Irakerin](#)

[Khaled Kenjo zurück in Deutschland](#)

[ARD und ZDF empfangen Hauptmann der iranischen Revolutionswächter](#)

[Hochrangige Vertreter des iranischen Regimes im Goldenen Buch der Stadt Hannover](#)

[Auswirkungen der Residenzpflicht für Asylsuchende und Geduldete](#)

[Extrem unterschiedliche Visumpraxis je nach Herkunft](#)

[Aktuelle Zahlen zu Dublin-Verfahren](#)

[Auch 16- und 17-Jährige haben ein Recht auf Schutz wie Minderjährige](#)

[Menschen mit Duldung haben Anspruch auf Schwerbehindertenausweis](#)

[Kreativer Protest in Freiburg](#)

[Niedersachsen schiebt nach Syrien ab](#)

[Auch NRW gegen die Residenzpflicht](#)

[Berlin und Brandenburg lockern Residenzpflicht](#)

[Deutsch-kosovarische Rückübernahmeabkommen veröffentlicht](#)

[Flüchtlingspolitische Absichtserklärungen in NRW](#)

[Verlegung von Flüchtlingen an Protesten gescheitert](#)

[Böhmer entdeckt interkulturelle Kompetenz der Bundeswehr](#)

Internationale Meldungen und Meldungen zu Herkunftsländern

[Bericht zur Situation der Medien im Kosovo](#)

[Massive Verstöße gegen die Pressefreiheit in Syrien](#)

[Bericht zur Lage irakischer Flüchtlinge in der Türkei](#)

[Pazifische Lösung](#)

[AI-Bericht über brutales Vorgehen gegen Kinder](#)

[UNODC-Bericht zu Schleusungen](#)

[Repressionen in Ruanda](#)

[Sorge um zurückgeschobene Somalier](#)

[Interview zum Besuch in Libyen](#)

[Studie zur Lage der Roma-Kinder aus dem Kosovo](#)

[Interviews mit abgeschobenen Roma-Flüchtlingen](#)

Meldungen zur Flüchtlingspolitik der EU und einzelner EU-Länder

[EP-Resolution gegen Abschiebungen von Kosovo-Roma](#)
[Bildzeitung scheucht EU-Kommission auf](#)
[Frontex veröffentlicht Risikoanalyse 2010](#)
[EuGH verbietet Rücküberstellungen](#)

SCHWEIZ

[Verschärfte Bedingungen für abgelehnte Asylsuchende](#)
[Schweiz wirbt in Nigeria um Charterabschiebungsflüge](#)

ÖSTERREICH

[Nachspiel einer rechtswidrigen Asylverweigerung](#)
[Asylabwehramt?](#)

GRIECHENLAND

[Zustände in Haftzentrum weiterhin unerträglich](#)
[Immer mehr Flüchtlinge in der Evros-Region](#)
[Flucht aus Griechenland](#)
[Türkischer Hafen für Rücküberstellungen bestimmt](#)
[Minister für Bürgerschutz bittet um zeitweilige Aussetzung von Dublin II](#)
[AI-Bericht zu Griechenlands Asylpolitik](#)
[Unterstützung für Flüchtlinge gestoppt](#)
[Anfrage wegen bestehender Probleme im griechischen Asylsystem](#)

IRLAND

[UNHCR kritisiert extrem niedrige Anerkennungsquoten](#)

GROßBRITANNIEN

[Kritik an harschem Umgang bei Abschiebungen](#)
[Schlimme Zustände im Abschiebungszentrum auf Londoner Flughafen](#)
[Abschiebungsschutz für homosexuelle Asylsuchende](#)

NIEDERLANDE

[Geplante Abschiebung von Somalis in der Kritik](#)

FRANKREICH

[Liste der sicheren Herkunftsländer verkürzt](#)
[Newsletter Italien Juli 2010](#), zusammengestellt von Judith Gleitze

6. Rundbrief August 2010 (3/2010)

des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg. Der nächste Rundbrief erscheint im Dezember 2010. Möglichkeit der Mitgliedschaft oder des Rundbrief-Abonnements siehe Website oder Rundbrief S.47

[Titelseite](#) [136 KB]

[Inhalt](#) [247 KB] 2 - 3

[Editorial - Unsere 'Agenda 2010'](#) [217 KB] *Angelika von Loeper* 4 - 5

ABSCHIEBUNGEN IN DAS KOSOVO

[Abgeschoben aus Baden-Württemberg](#) [279 KB] *Petra Sorge* 6 - 7

[Effektive Rückkehrprojekte?](#) [210 KB] Zur Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage des Flüchtlingsrats zu 'URA 2' *Ines Fischer* 8 - 9

[Demonstration für ein Bleiberecht von Roma am 8. Mai in Karlsruhe](#) [205 KB] *Aktion Bleiberecht Freiburg10*

[Rote Bächle gegen Abschiebungen](#) [235 KB] *Aktion Bleiberecht Freiburg11*

SOZIALE LEBENSBEDINGUNGEN VON FLÜCHTLINGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

[Verfassungswidrig!?](#) [228 KB] Das Asylbewerberleistungsgesetz vor dem Aus? 12

[Rückwirkende Gerechtigkeit?](#) [207 KB] Ansprüche von Flüchtlingen auf erhöhte Leistungen nach § 2 AsylbLG

Vera Kohlmeyer-Kaiser 13 - 14

[Lagerland Baden-Württemberg!?](#) [425 KB] Aktuelle Analyse des Flüchtlingsrats *Andreas Linder* 15 - 21

[Gegen den diskriminierenden Alltag](#) [250 KB] Flüchtlinge organisieren sich selbst gegen Unterbringung, AsylbLG und Residenzpflicht, aus fluechtlings-bc-blog.de 22 - 23

[Asylbewerber beklagen sich über Unterkunft in Langenau](#) [169 KB], aus Südwest Presse vom 08.06.2010, 24 - 25

ABSCHIEBEHAFT

[Nach dem Brand](#) [216 KB] Besuch des Abschiebeknasts Mannheim am 9. Juli mit MdL Helen Herberer (SPD), *Angelika von Loeper*, 26 - 28

[Petition gegen Abschiebehaft in Baden-Württemberg](#) [263 KB] *Bündnis gegen Abschiebehaft Tübingen* 29 - 30

AKTUELLE FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

[Das Stuttgarter Netzwerk zur beruflichen Förderung von Flüchtlinge \(sneff\)](#) [150 KB], *Luzia Köberlein*, 31

[Bad Boll: Einzigartige Tagung für Flüchtlingsfrauen](#) [177 KB], aus www.diakonie-wuerttemberg.de 32

[Karlsruhe: Mit Ballack ins Flüchtlingslager](#) [284 KB], Sommerfest für Flüchtlinge, *Angelika von Loeper* 33 - 34

[Villingen-Schwenningen: Landesgartenschau "umgetopft"](#) [277 KB], *Sigrid Jaschke* 35

[Save-me: Flüchtlinge aufnehmen - auch in Baden-Württemberg](#) [205 KB], *Andreas Linder* 36

[Tübingen: Aktion 'Flüchtlinge aufnehmen'](#) [262 KB], aus Südwest Presse vom 21.07.2010 37

[Alles ist hier anders](#) [424 KB], Sechs Jahre nach ihrer Abschiebung kam Elif Güler zu Besuch nach Tübingen, aus Südwest Presse vom 15.07.2010 38

[Einer von Millionen sein](#) [260 KB], Muhamet Idrizi kam als Flüchtling, jetzt hilft er anderen Migranten, aus Südwest Presse vom 21.07.2010 39

[Besonderer Ausflug nach Ulm](#) [169 KB], aus Südwest Presse vom 26.07.2010 40

[Rettungsanker und Brückenbauer](#) [184 KB], Zum Tod von Günter Walz, aus Südwest Presse vom 06.07.2010 41

IN KÜRZE

[Infos & News zur Asylpolitik](#) [152 KB], 42

[Infos & News aus Baden-Württemberg](#) [182 KB] 43

[Aktuelle Materialien divers](#) [206 KB] 44

[Aktuelle Materialien zur Interkulturellen Woche & Tag des Flüchtlings](#) [127 KB] 45

[Termine: Veranstaltungen, Tagungen, Fortbildungen](#) [226 KB] 46

[Solidarität braucht Solidarität](#) [248 KB], Werden Sie Mitglied beim Flüchtlingsrat Baden-Württemberg oder helfen Sie durch eine Spende 47

[Lobby und Unterstützung](#) [180 KB]

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von



Europäische Union
Europäischer Flüchtlingsfonds



UNO-Flüchtlingshilfe

**Solidarität braucht Solidarität!**

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930